

"Der lange Weg nach Brüssel" in Die Presse (2. August 1991)

Legende: Am 2. August 1991 kommentiert die Wiener Tageszeitung Die Presse die positive Stellungnahme der Europäischen Kommission zum Beitrittsantrag Österreichs zu den Europäischen Gemeinschaften und präsentiert die Chancen und Risiken, die die europäische Integration für das Land bereithält.

Quelle: Die Presse. Unabhängige Tageszeitung für Österreich. 02.08.1991, n° 13 023. Wien.

Urheberrecht: (c) Die Presse

URL: [http://www.cvce.eu/obj/"der_lange_weg_nach_brussel"_in_die_presse_2_august_1991-de-b118517f-ba3a-4557-9f78-dc5aa49b0101.html](http://www.cvce.eu/obj/)

Publication date: 18/09/2012

Der lange Weg nach Brüssel

Von Kurt Horwitz

Das grüne Licht, das die EG-Beamten dem österreichischen Beitrittsansuchen nun auch offiziell gegeben haben, strahlt noch etwas intensiver, als hierzulande erhofft werden durfte; die Vorbehalte sind dementsprechend schwächer ausgefallen als befürchtet. Die Genugtuung, ja die freudige Erregung, mit der Österreichs Politiker den „Avis“ aus Brüssel gestern kommentiert haben, ist also durchaus berechtigt.

Eben diese Freude allerdings birgt auch große Gefahren: Der Weg nach Brüssel ist keine g'mahte Wies'n und schon gar keine Autobahn, auf der nichts und niemand uns mehr stoppen könnte. Ganz im Gegenteil: Jetzt beginnen erst die mühsamen Detailprozeduren – die Verhandlungen über die Neutralität beispielsweise, über den Agrarbereich und über den leidigen Alpentransit.

Der Terminplan – Beginn der konkreten Verhandlungen im Jahr 1993 nach der Vollendung des EG-Binnenmarktes, Beitritt realistischerweise nicht vor 1995 – gaukelt reichliche Zeitreserven vor, in denen all diese Probleme gemächlich diskutiert und leicht gelöst werden können. Aber das ist ein Irrtum, der österreichischen Politikern schon mehrmals passiert ist und jeweils fatale Folgen hatte. Jüngstes Beispiel war die Weltausstellung Expo in Wien. Da schien auch reichlich Zeit zur Vorbereitung, bis dann plötzlich die Volksabstimmung da war und ein klares Nein der Bevölkerung einen Schlußstrich unter ein bis zuletzt mehr als nebuloses Projekt zog.

Die Parallele sollte zu denken geben: Auch vor dem EG-Beitritt bedarf es noch einer Volksabstimmung. Und wenn die Bevölkerung nicht beizeiten wesentlich klarer über alle Pläne und Auswirkungen informiert wird, ist ein „ja“ keineswegs wahrscheinlicher als bei der Expo-Befragung.

Den Politikern wird dabei einiger Mut abverlangt werden. Per Saldo kann und wird Österreich durch den EG-Beitritt nur gewinnen. Aber es gibt auch Schattenseiten und Verlierer, und wer die Dinge nicht beim Namen nennt, begibt sich jeder Glaubwürdigkeit. Die Bauern werden im wahrsten Sinn des Wortes nicht auf die Butterseite fallen; so manche nette (und einträgliche) Gepflogenheit bei der Preisgestaltung öffentlicher Aufträge wird unmöglich werden, wenn jedes Unternehmen aus dem EG-Raum in Österreich auch bei staatlichen Ausschreibungen hemmungslos mitbieten kann; der schärfere Wettbewerb durch Niederlassungs- und Gewerbefreiheit wird so manchem Unternehmen weh tun; liebgewordene Extrawürste wie die Anonymität von Spareinlagen und Wertpapierdepots werden der europäischen Einheitskost geopfert werden müssen.

Die Liste ließe sich fortsetzen, und ihr wird eine noch umfangreichere Liste von Gewinnern gegenübergestellt werden können. Die Industrie wird von einheitlichen Regeln und dem Gemeinsamen Markt profitieren, der Konsument darf auf Grund des schärferen Wettbewerbs mit Preisvorteilen rechnen.

Definitive Antworten auf die Fragen, die man sich nun zu Recht zu stellen hat, wird es erst im Zuge der Beitrittsverhandlungen, beziehungsweise der Vorbereitungen darauf geben können. Österreich kommt dabei keineswegs als Bittsteller, sondern als ein Land, das wirtschaftlich deutlich stärker ist als so manches angestammte Mitglied. Eine selbstbewußte Verhandlungsposition wird also in Brüssel sicher auf Verständnis stoßen – nicht freilich der traditionell larmoyant-schlampige Verhandlungsstil unter dem Motto: „Mir wer'n für den Vertrag schon kan Richter brauchen“. Eine solche Einstellung könnte sich schnell rächen, wie jeder weiß, der die EG-Bürokratie und deren Vertreter kennt.

In diesem Sinn bedeutet das grüne Licht, das die EG dem österreichischen Beitrittsansuchen gegeben hat, nicht bloß „freie Fahrt“, sondern vielmehr den Startschuß zu einem noch recht strapaziösen Rennen. Ein Vergleich mit dem Autorennsport drängt sich auf: Wer den Start verschläft, muß sich erfahrungsgemäß schon sehr plagen, um die Konkurrenten noch einzuholen und nicht bloß unter „ferner liefern“ ins Ziel zu kommen.